



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/206 - 7.9.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Rechtsradikale Blockbildungen	S.1
Justizreform in Italien	S.3
Kritik am Berliner Verfassungsschutz	S.5
Stimmen aus der Sowjetzone zur Kanzlerreise	S.7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 030 890

Antidemokratische Tendenzen

W.P. Wer die Nachrichten der letzten Zeit verfolgt hat, wird zu der Überzeugung kommen müssen, dass im rechtsradikalen und antidemokratischen Lager wieder einiges im Fluss ist. Die rechtsradikale "Deutsche Gemeinschaft" hat ihren Parteitag für Anfang September nach Stuttgart einberufen, die nicht minder neofaschistische "Deutsche Soziale Bewegung" den ihrigen für Oktober nach Bad Homburg. In Hamburg schlossen sich die nationalistischen Organisationen "Deutsche Solidarität", "Deutsch-Soziale Volkspartei" und "Nationaldemokratische Partei" der rechtsradikalen Partei "Deutscher Block" an. Zur Fusion kam es in Hannover zwischen der "Deutschen Reichspartei" und der "Deutschen Nationalpartei". Erstere vermochte ausserdem vorhandene Positionen der "Deutschen Gemeinschaft" in Berlin und Niedersachsen durch Übertritte von führenden Personen zu übernehmen.

Was aber besondere Aufmerksamkeit verlangt ist die Tatsache, dass es rechtsradikalen Parteien gelungen zu sein scheint, die bisherige Isolierung zu durchbrechen und als Partner demokratischer Parteien salonfähig zu werden, wie Beispiele in Norddeutschland zeigen. Nachdem bereits bei der Landtagswahl Rheinland-Pfalz ein Wahlbündnis zwischen der DP und der DRP bestand ging der BHE in Bremen für die am 9. Oktober bevorstehende Bürgerschaftswahl mit der rechtsradikalen "Deutschen Reichspartei" ein Wahlbündnis ein. Darüber hinaus finden in Niedersachsen bereits seit Wochen Verhandlungen zwischen den gleichen Parteien statt - auch Kreise der FDP scheinen dabei eingeschaltet zu sein -, um eine Fraktionsgemeinschaft

im niedersächsischen Landtag zu erreichen, die namentlich der DRP hinsichtlich der parlamentarischen Einflussnahme Vorteile bieten würde. Wenn man weiss, dass die Führung der dortigen Landesverbände der FDP und des BHE in besonders auffallendem Masse mit ehemaligen NS-Funktionären durchsetzt ist, deuten die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen eine nur mit Sorge zu beobachtende Entwicklung an.

Gefahren drohen der Bundesrepublik aber auch noch von anderer Seite. Es mehren sich nämlich in besorgniserregendem Masse Institutionen und Organisationen, die offen gegen den demokratischen Staat und gegen die Verfassung gerichtet sind. Wenn Herr Bundesminister von Merkatz vor dem Plenum des Bundestages sich offen zur Monarchie bekennt, so mag das als seine persönliche Überzeugung noch hingenommen werden, obwohl ein solches Bekenntnis für einen republikanischen Parlamentarier keinesfalls als Legitimation für die Bekleidung eines Bundesministeramtes angesehen werden kann. Nach Meldungen der letzten Tage konnte aber die im vorigen Jahr gegründete "Monarchistische Partei Deutschlands" in mehreren Ländern Landesverbände gründen und damit ihre Organisation erweitern. Besondere Aufmerksamkeit verdient der "Bund der Reichstreuen" des bekannten Unternehmerpropagandisten Hans Domizlaff, der als Grundlage seines Wirkens proklamierte: "Die demokratische Gleichmacherei hat dazu geführt, dass sich auch der geistig unbedeutende Mitbürger politisch überaus wichtig fühlt und sein Ebenbild als vollgültig ansieht." Domizlaff verlangt ausserdem die "Ausmerzung wertloser Nachkommen, einen auf Lebenszeit gewählten Reichsregenten, der autoritär allmählich bis nach unten die ganze Hierarchie aufbaut, eine Zensurbehörde für Schrift, Bild, Film und Theater."

Last no least sei an dieser Stelle auch auf die Aktivität der "Abendländischen Akademie" hingewiesen, über die ein bekanntes Nachrichtenmagazin kürzlich ausführlich berichtete. Es muss schon zu grosser Sorge Anlass geben, wenn Bundesminister und Abgeordnete des Bundestages neben einem breiten Kreis des deutschen Adels sowie des Klerus Pläne unterstützen, die ohne Zweifel darauf ausgehen, einen Teil der Grundgesetzartikel über die Grundrechte jedes Deutschen abzuändern oder ganz aufzuheben, obgleich das Grundgesetz selbst eine solche Änderung oder Aufhebung für unzulässig erklärt.

Die ausgesprochen dürftige Reaktion der Öffentlichkeit auf solche gegen die Demokratie gerichteten Bestrebungen, zumal gefördert von den höchsten Repräsentanten unseres Staates, gibt zu denken. Sechs Jahre Bundesrepublik scheinen nicht zu einer Fundierung der Demokratie, sondern einer Organisation ihrer Gegner zu führen. Solche Tendenzen können von jenen, denen an der Erhaltung der parlamentarischen Demokratie liegt, nicht aufmerksam genug beobachtet werden.

Ein Stück Faschismus wird liquidiert

P.E.-Rom, Anfang September

Volle zehn Jahre hat es gedauert, ehe die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften Italiens sich dazu aufrafften, einen der übelsten Reste des faschistischen Systems zu liquidieren - nämlich jene Bestimmungen über Polizei- und Untersuchungshaft, die der Exekutive bisher geradezu unglaubliche Möglichkeiten gaben, sich über die wichtigsten Grundrechte des Staatsbürgers hinwegzusetzen.

Vor wenigen Wochen ist nun endlich die langerwartete Reform der Strafprozessordnung in Kraft getreten, die wenigstens in den wichtigsten Punkten mit dem bisherigen System aufräumt, den Angeklagten priori als schuldig anzusehen, ihm die Beweislast für seine Unschuld aufzubürden und ihm die Erbringung dieses Beweises noch obendrein weitgehend zu erschweren. Der selbstverständliche Rechtsgrundsatz, dass der Beschuldigte solange als unschuldig zu gelten habe, bis das Gegenteil durch ein Gerichtsurteil anerkannt ist, steht zwar ausdrücklich in der Verfassung der italienischen Republik, die auch die Unverletzlichkeit der Person, des Heims und der Korrespondenz sanktioniert, aber erst mit der jetzigen Reform ist ein ernstlicher Beginn gemacht worden, diesen Grundsätzen auch in der Praxis zur Geltung zu verhelfen.

Sehr nachdrücklich bestimmt das neue Gesetz, dass die Polizei einen Verdächtigen nicht länger festhalten darf als vier Tage. Die Untersuchungshaft kann von nun an nicht mehr - wie bisher - unbegrenzt lange aufrechterhalten werden. Erfolgt innerhalb eines Zeitraumes, dessen Länge nach der Schwere des Delikts abgestuft ist, keine Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft, so ist die Haft automatisch aufzuheben. Es wird also fortan nicht mehr vorkommen können, dass Menschen drei oder gar fünf Jahre in Untersuchungshaft festgehalten werden, ohne dass es je zu einer Anklageerhebung kommt. Auf jeden Fall aber, - so bestimmt das neue Gesetz, ist die Untersuchungshaft in die Dauer der verhängten Strafe einzurechnen, selbst dann, wenn die Verurteilung wegen eines anderen Deliktes erfolgt als das, um dessentwillen der Angeklagte sich in Untersuchungshaft befand.

Grosse Wichtigkeit kommt ferner jenen neuen Bestimmungen zu,

SPD-Pressedienst

P/X/206

- 4 -

7.9.1955

die dem Verteidiger manche Rechte einräumen, die ihm bisher strikt verwehrt waren. Die faschistische Strafprozessordnung schloss nämlich den Verteidiger grundsätzlich von der gesamten Voruntersuchung aus. Erst nach erfolgter Anklageerhebung erhielt er überhaupt Einsicht in die Akten. Von nun an jedoch werden dem Verteidiger vom ersten Tage an sämtliche Vernehmungsprotokolle zugänglich sein und er wird das Recht haben, bei Haussuchungen und ähnlichen Amtshandlungen zugegen zu sein und die Interessen seines Mandanten wahrzunehmen.

Ist mit dieser Gesetzesreform das italienische Rechtsleben von einigen üblen Schlacken des Diktaturregimes gereinigt worden, so sind zwei andere wichtige gesetzgeberische Schritte bisher noch ausständig. Die dringend erforderliche Reform der Polizeigesetzgebung mit ihren teilweise geradezu mittelalterlich anmutenden Bestimmungen ist für die nahe Zukunft angekündigt, desgleichen die Neuregelung des absurden Zustandes, wonach Wehrpflichtige jeglichen Alters, auch wenn sie seit Jahrzehnten keine Uniform mehr getragen haben, in gewissen Fällen nicht der zivilen, sondern der Militärgerichtsbarkeit unterstehen. Diese kuriose Bestimmung führt immer wieder zu aufreizenden Eingriffen der Militärjustiz in das zivile Leben, besonders wenn es sich um die Ahndung von Pressevergehen handelt. Anlässlich eines solchen Falles, der jüngst die Öffentlichkeit in erhebliche Erregung versetzte, hat der Justizminister selbst offen erklärt, er halte den gegenwärtigen Zustand der Gesetzgebung auf diesem Gebiet für unhaltbar, weil verfassungswidrig und werde so bald wie möglich eine Neuregelung der Materie herbeizuführen suchen.

Es bedarf eines zähen Ringens, um die zur Zeit des Faschismus beinahe allmächtige Staatsexekutive Schritt für Schritt wieder in den Rahmen einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung zurückzudrängen, die die Rechte des Bürgers nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis gegen die Willkür eines bürokratischen Apparats zu sichern weiss. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege ist mit der Novellierung des Gesetzes über die Strafanuntersuchung getan worden.

+ + +

- 5 -

Verfassungsschützer revisionsbedürftig

E2 - Berlin

Ohne Zweifel geben die Zahler eines Etats Auskunft, wo ein Schwerpunkt verwaltungsmässiger oder politischer Aufgaben zu sehen ist. Der jetzt veröffentlichte Westberliner Haushalt 1955 zwingt zu der Schlussfolgerung, dass gegenüber den Vorjahren Bedeutung und Gewicht des Berliner Verfassungsschutzamtes wesentlich gestiegen sein müssen. Wie käme man sonst dazu, die Ausgaben für dieses Amt von 834 650 DM im Jahre 1954 auf über 1.1 Mill. DM im laufenden Etatjahr zu erhöhen? Auf der Personalliste erscheint eine 63 %ige Erhöhung der Mitarbeiterzahl von 41 auf 67.

Gewiss, die besondere Lage Berlins würde es verständlich machen, wenn hier der Verfassungsschutz, dessen Aufgabe die Abwehr demokratisch feindlicher Bestrebungen ist, ein besonderes Gewicht besässe. Allein, es mutet seltsam an, dass schon seit einiger Zeit Dinge über den Berliner Verfassungsschutz bekannt wurden, die zu der Vermutung zwingen, es könnte doch in diesem Amt nicht alles in Ordnung sein. Man braucht dabei gar nicht einmal allein an die immer wiederkehrenden Meldungen über die gegenseitige Bespitzelung der Berliner Verfassungsschützer untereinander und die dadurch entstehende schlechte Atmosphäre in diesem Amt zu denken, wenn man die Frage stellt, ob eine politisch fruchtbare Arbeit überhaupt noch möglich ist. Es handelt sich über diese atmosphärische Dinge hinaus um Angelegenheiten, zu denen bereits höchst offizielle Äusserungen vorliegen.

Vor einiger Zeit war aus einer amtlichen Stellungnahme des stellvertretenden Innensenators zu entnehmen, dass der Berliner Verfassungsschutz einen Brief des Polizeipräsidenten an den sozialdemokratischen Innensenator Lipschitz, in dem auf Mißstände in eben diesem Amt hingewiesen wurde, fotokopiert hatte, nachdem er seltsamerweise als "Irrläufer" auf den Schreibtisch eines Verfassungsschützers geflattert war. Der Berliner erinnert sich noch anderer Vorfälle, die die Verfassungsschutzfähigkeit des Berliner Amtes in einem kaum weniger merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Da hatte sich doch vor längerer Zeit der Verfassungsschützer Faust dadurch hervorgetan, dass er gegen sozialdemokratische Politiker

SPD-Pressedienst

P/X/206

- 6 -

7.9.1955

diffamierende Äusserungen verbreitete. Als die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, erklärte der damalige FDP-Innenminister Fischer, der übrigens das ehemalige NSDAP-Mitglied Faust selbst in den Verfassungsschutz hineinprotegiert hatte, bagatellisierend, dieser Angestellte befinde sich nicht mehr in Berlin...

Das war zur Zeit des Übergangs der politischen Leitung Westberlins aus den Händen der bürgerlichen Koalition in die der SPD. Schon damals zeigte sich die Notwendigkeit einer gründlichen Überprüfung des Personals im Berliner Verfassungsschutz. Wenn auch trotz der personellen Zuständigkeit des Berliner Senats das Bundesverfassungsschutzamt in Köln ein Wort bei der Besetzung der Hauptfunktionen mitzusprechen hat, so dürfte doch wohl aufgrund der bisherigen Arbeit und der angedeuteten Vorfälle für die beiden bestimmenden Faktoren eine Umbesetzung im Berliner Verfassungsschutzamt nicht mehr zu umgehen sein.

Die letzte Weihnachtsfeier des Berliner Verfassungsschutzes hätte eine Warnung sein sollen. Damals erklärte der FDP-Innenminister Fischer gewissermassen in letzter halboffizieller Amtshandlung in feuchtfröhlicher Runde, er habe alles in die Wege geleitet, um "verdiente" Mitarbeiter noch in Planstellen und andere in höhere Gehaltsstufen zu befördern. Es wurden damals ehemalige Nationalsozialisten als Verfassungsschützer fest angestellt, wie z.B. ein ehemaliger SS-Polizeibeamter, während sozialdemokratische Mitarbeiter entlassen und die Entlassung anderer missliebiger Mitarbeiter vorbereitet wurde.

Vielleicht baute die Leitung des Berliner Verfassungsschutzamtes auf gewisse westdeutsche Vorbilder, als sie glaubte, auch jetzt noch im alten Fahrwasser schwimmen zu können! Die Bespitzelung demokratischer Politiker, wie sie in der Fotokopierung des oben erwähnten Briefes zum Ausdruck kommt gehört nicht zu den Aufgaben eines solchen Amtes. Es diskreditiert damit die Sache, der es zu dienen hat.

+ + +

- 7 -

Enttäuschte Hoffnung

ep. Die unmittelbare Folge der Genfer Konferenz war ein Tiefstand in der Stimmung der Zonenbevölkerung. Den Hoffnungen vor der Konferenz ist die Depression gefolgt. Die sowjetzonale Presse, die als Ergebnis der Konferenz eine Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion auf der Basis des status quo konstatierte, hat dabei ihre Wirkung auf die Bevölkerung nicht verfehlt. Die Erklärung Bulganins in Genf, dass "die Zeit für die Wiedervereinigung noch nicht reif sei" und die Rede Chruschtschows in Berlin, wonach "eine Wiedervereinigung nicht auf Kosten der Sowjetzone gehen könne" hat zur Folge gehabt, dass weitere Kreise der Bevölkerung an der Richtigkeit der NATO-Politik Adenauers zu zweifeln begonnen haben. Angesichts der verhärteten sowjetischen Haltung setzt man heute auch auf die Reise Adenauers nach Moskau nur wenig Hoffnung. Die ansteigenden Flüchtlingszahlen sind das Barometer der verzweifelten Stimmung. Im folgenden einige Berichte aus der Sowjetzone, die dem Ostbüro der SPD zugegangen sind:

Uranbergbaugebiet von Schwarzenberg:

"Die Bevölkerung ist sehr bedrückt über den Ausgang der Genfer Konferenz, da sie darauf grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Die Zuversicht, die man zu Adenauers Politik hatte, ist erschüttert. Es setzt sich immer mehr die Meinung durch, dass die Vorschläge, die die SPD der Regierung vor der Konferenz gemacht hat, wenn sie zum Tragen gekommen wären, zu besseren Ergebnissen geführt hätten."

Kreis Zossen:

"Der Ausspruch Adenauers, dass er mit der Konferenz zufrieden sei wird von einem nicht kleinen Teil der Bevölkerung dahingehend gedeutet, dass Adenauer zufrieden ist, wenn bezüglich der Wiedervereinigung keine Fortschritte gemacht wurden. Allgemein ist man der Auffassung, dass Adenauers Festhalten an der Aufrüstung bei der Verhandlung über die deutsche Wiedervereinigung grosse Schwierigkeiten bereitet habe. Man setzt nun grosse Hoffnungen auf die SPD und ist überzeugt, dass ihre These "zuerst Wiedervereinigung" richtig war.

Görlitz:

"Die Meinungen über die Politik zur Wiedervereinigung, wie

sie von Westdeutschland betrieben wird, ist hier geteilt. Manche sagen, es hätte nur dann einen Sinn zu Verhandlungen zu gehen, wenn man vorher eine Position geschaffen hat, von der herab man mit den Sowjets verhandeln könne. Dabei mehren sich jedoch die Stimmen, die die deutsche Aufrüstung im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit sehen und sie als Tauschobjekt bei kommenden Verhandlungen benutzen möchten. Lehne man es aber überhaupt ab, die westdeutsche Aufrüstung als Pfand zu betrachten, dann begäbe man sich der Möglichkeit, angesichts der russischen Haltung, überhaupt zur Wiedervereinigung zu kommen. Das sollte eine der Lehren von Genf sein."

Betrieb in Ostberlin

"Der überwiegende Teil der Belegschaft des Betriebes wünscht, dass der Bundeskanzler nach Moskau fährt. Hauptpunkt der Verhandlungen müsste allerdings die Wiedervereinigung und nicht die Behandlung von Wirtschaftsfragen sein. Die Mehrzahl der Belegschaftsmitglieder lehnt es ab, dass vorerst über Handelsbeziehungen gesprochen wird. Man befürchtet, dass die eigennützigen Interessen der Industrie über die Interessen der Zonenbevölkerung und ihrem Wunsch nach Freiheit gestellt werden."

+ + +

Bonner Politik unterminiert

..."wenn demnach auf den Krieg als ein Mittel der Politik verzichtet werden soll, so bleibt nur eine Alternative: Verhandeln, um zu einer Lösung der Ost-West-Probleme zu gelangen.

Was ist also aus der Politik der Festigkeit und Stärke geworden, durch welche die Sowjetregierung gezwungen werden sollte, die deutsche Ostzone herauszugeben?

Letzten Endes scheint die Genfer Konferenz die Grundlagen der Washingtoner und Bonner Politik der Stärke unterminiert zu haben. Wenn dem so ist - wie könnte dann durch die Mitgliedschaft in der Nordatlantikpakt-Organisation das erreicht werden, was der Kanzler Adenauer immer gefordert hat: - die Wiedervereinigung?

Die Rede, die Präsident Eisenhower kürzlich in Philadelphia gehalten hat, gab den westdeutschen Führern die tröstliche Zusicherung, dass Deutschland noch immer als das Problem Nr. 1 angesehen werde. Diese Rede schaffte jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, dass in Genf ein Ausgleich der Machtverhältnisse bestätigt worden ist. Dies gibt den Rahmen ab, in welchem Adenauer den sowjetischen Führern gegenüberstehen muss..."

US. Handler in der "New-York Times"
4.9.1955

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler